

NIEDERSCHRIFT

18.12.2017

über die 5. öffentliche Sitzung der VI. Wahlperiode der Verbandsversammlung
des Regionalverbandes Großraum Braunschweig am Donnerstag, 07.12.2017 um 17.30 Uhr
in Salzgitter-Lebenstedt, Rathaus, Ratssaal (1. OG), Joachim-Campe-Str. 6

Anwesend:

(in Klammern verhindert)

Mitglieder der Verbandsversammlung

Abrahms, Ralf	Kramer, Michael
Baas, Hans-Hermann	(Lange, Frank)
Bachmann, Hans-Georg	Lohse, Andreas
Bachmann, Klaus-Peter	Lühns, Friedrich
Backhaus, Rolf-Dieter	Manlik, Reinhard
Belte, Wolfgang	Meier, Volker
(Bosse, Marcus)	(Metje, Hans)
(Bratmann, Christoph)	Müller, Carsten
Brinkmann, Brigitte	Müller, Prof. Dr. Norbert
Dirksmeyer-Vielhauer, Telse	Oesterhelweg, Frank
Disterheft, Matthias	Pantazis, Dr. Christos
Dittmar, Gisela	Pifan, Simone
Dreß, Hans-Peter	Plonz, Volkhard
Egbers-Schoger, Dennis	Poetsch, Klaus
Emmerich-Kopatsch, Petra	(Retzlaff, Julia)
Enversen, Sabah	Rieck, Carsten
Fischer, Christine	Rotzek, Bernd
Geertsema, Monika	Scherf, Gunnar
Götz, Rudolf	Schmidt, Frank
Grziwa, Karl	Schneider, Wolfgang
Hensel, Falk	Schrader, Kurt
Herlitschke, Holger	Schramm, Ingo
Jainta, Wolfgang	(Schwarz, Jan)
Jakubowski, Bernd	Tanke, Detlef
Kassel, Peter	Volkman, Hans-J.
Kentner, Elke	vom Hofe, Anneke
Klein, Stefan	Warnecke, Werner
Koch, Manfred	Wockenfuß, Nicole
Köllner, Marion	Zeidler, Joachim

Verwaltung

Brandes, Hennig	Hahn, Manuela
Rössig, Fritz	Tegethoff, Michael
Hild, Jens	

Herr Tanke eröffnet die Sitzung der Verbandsversammlung um 17.32 Uhr. Er begrüßt die anwesenden Mitglieder der Verbandsversammlung sowie die Zuhörerinnen und Zuhörer und die Vertreter der Presse.

Vor Eintritt in die Tagesordnung richtet der Zweite Bürgermeister der Stadt Salzgitter, Herr Marcel Bürger, Grußworte an die Mitglieder der Verbandsversammlung.

Anschließend stellt Herr Tanke fest, dass die Verbandsversammlung ordnungsgemäß eingeladen wurde und beschlussfähig ist.

Entschuldigt fehlen: Frau Retzlaff, Herren Bosse, Bratmann, Lange, Metje und Schwarz

Zur Tagesordnung gibt Herr Tanke bekannt, dass es zu den Punkten 7, 9 und 11 Ergänzungsvorlagen gebe. Die Ergänzungsvorlagen, die vorab per E-Mail versandt worden seien, seien ebenfalls noch einmal als Tischvorlage verteilt worden. Weiter gibt Herr Tanke bekannt, dass der Antrag zu Punkt 16.3 – Dienstfahräder – nach Beratung im Verbandsausschuss am 30.11.2017 von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zurückgezogen worden sei.

Zur Tagesordnung gibt es keine Wortmeldungen, daraufhin stellt Herr Tanke fest, dass nach der mit Einladung vom 23.11.2017 übersandten Tagesordnung verfahren wird.

Die Verbandsversammlung tritt anschließend in die Beratung folgender Tagesordnungspunkte ein:

Punkt 1

Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung der Verbandsversammlung am 28.09.2017

Punkt 2

Mitteilungen

- a) des Verbandsvorsitzenden
- b) des Verbandsdirektors

Punkt 3

Anfragen

3.1

Neue Aufgaben, neue Wege, mehr Kommunikation

-Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Informationsvorlage Nr.: 2017/103

3.2

Doppelhaushalt 2019/2020 - Eine Möglichkeit die Verwaltung zu entlasten?

-Anfrage der Fraktion der FDP -

Informationsvorlage Nr.: 2017/107

Punkt 4

Wiederwahl des Verbandsdirektors Hennig Brandes ohne öffentliche Ausschreibung

Beschlussvorlage Nr.: 2017/100

Punkt 5

Beschluss über den Jahresabschluss 2015 und über die Entlastung des Verbandsdirektors für das Haushaltsjahr 2015 gem. § 129 NKomVG
Beschlussvorlage Nr.: 2017/94

Punkt 6

Haushaltsvollzug 2016;
Genehmigung von überplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen gem. § 117 NKomVG
Beschlussvorlage Nr.: 2017/104

Punkt 7

Haushaltssatzung des Regionalverbandes Großraum Braunschweig für das Haushaltsjahr 2018;
Stellenplan 2018
Beschlussvorlage Nr.: 2017/101

Punkt 8

Wahrnehmung der Aufgaben „Erarbeitung von Konzepten zur Koordinierung des Standort- und Bildungsangebots berufsbildender Schulen“
Beschlussvorlage Nr.: 2017/99

Punkt 9

Landwirtschaftlicher Fachbeitrag für den Großraum Braunschweig
hier: Integration in die Gesamtfortschreibung des Regionalen Raumordnungsprogramms (RROP)
Beschlussvorlage Nr.: 2017/95

Punkt 10

Beitritt zu Hochwasserpartnerschaften
Beschlussvorlage Nrn.: 2017/105 u. 2017/105-E 1

Punkt 11

Antrag auf Zertifizierung als Fahrradfreundliche Kommune
Beschlussvorlage Nr.: 2017/96

Punkt 12

Umsetzung des Nahverkehrsplans;
Weiterentwicklung des Angebotes auf RegioBus-Linien
Informationsvorlage Nr.: 2017/82

Punkt 13

Mittelzuweisung gem. § 7b des Niedersächsischen Nahverkehrsgesetzes (NNVG);
Verwendung der öffentlichen Finanzmittel
Beschlussvorlagen Nrn.: 2017/83 u. 2017/83-E 1

Punkt 14

Förderrichtlinie „Innovationen an ÖPNV-Zugangsstellen“
Beschlussvorlage Nr.: 2017/85

Punkt 15

Darstellung einer Erfolgsbilanz und Bearbeitungsstand von Projekten/Maßnahmen
Informationsvorlage Nr.: 2017/91

Punkt 16

Anträge

16.1

Einrichtung eines Aufsichtsrates in der Verbundgesellschaft VRB

- Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen -

16.2

„SattelFEST 2018“

- Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen -

Punkt 1

Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung der Verbandsversammlung am 28.09.2017

Die Verbandsversammlung beschließt bei zwei Enthaltungen mehrheitlich:

„Die Niederschrift über die Sitzung der Verbandsversammlung am 28.09.2017 wird genehmigt.“

Punkt 2

Mitteilungen

a) des Verbandsvorsitzenden

Herr Tanke hat keine Mitteilungen.

b) des Verbandsdirektors

Herr Brandes verweist auf den Vermerk der Verbandsverwaltung im Zusammenhang mit den Verzögerungen bei der Bahnhofssanierung im Verbandsgebiet. Hintergrund dieser Verzögerung sei, dass aufgrund des bei Baumaßnahmen entstehenden Baulärms und einer höheren Zahl betroffener Anwohner, das EBA nunmehr anstelle einer Plangenehmigung für die Maßnahmen künftig nur noch Planfeststellungen vornehmen wolle, die deutlich mehr Zeit benötige. Die Verbandsverwaltung habe hierzu im Einzelnen Stellung genommen. Im Übrigen wurde der Nieders. Wirtschaftsminister angeschrieben und um Unterstützung gebeten. Es gehe hierbei insbesondere um die durch die Verzögerungen in Frage stehende Mitfinanzierung der Maßnahmen aus Bundesmitteln.

Herr Abrahms bemängelt, dass die betroffenen Gebietskörperschaften erst aus der Presse von der Problematik erfahren hätten. Eine frühzeitigere Unterrichtung durch den Aufgabenträger wäre wünschenswert gewesen.

Punkt 3

Anfragen

3.1

Neue Aufgaben, neue Wege, mehr Kommunikation

- Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen -

Frau Wockenfuß stellt die Anfrage vor. Sie geht anschließend auf die Antwort der Verbandsverwaltung (Informationsvorlage Nr. 2017/103) ein. Sie erklärt, dass ihr die Ausführungen der Verbandsverwaltung zu pauschal gehalten seien, sie gäben keine Antworten auf die gestellten Fragen. Wünschenswert wäre ein detailliertes Konzept, wie sich die Verbandsverwaltung die Aufgabenerledigung in personeller, finanzieller, organisatorischer und zeitlicher Hinsicht vorstelle.

Herr Brandes erinnert, dass der Prozess, die Aufgaben für den Regionalverband zu definieren äußerst schwierig war und es insbesondere von kommunaler Seite viel Kritik gab. Das Gesetz wurde daraufhin relativ weich formuliert. Derzeit gebe es deshalb im Hinblick auf die Aufgabenerledigung noch einen erheblichen Absprachebedarf besonders mit den Verbandsgliedern. Man müsse in die Aufgaben zunächst hineinwachsen. Er verweist auch noch einmal auf die von der Verbandsverwaltung erstellte Informationsvorlage im März 2017, in der, soweit möglich, umfassend dargestellt worden sei, wie die Wahrnehmung der Aufgaben aus Sicht der Verbandsverwaltung erfolgen könne.

3.2

Doppelhaushalt 2019/2020 - Eine Möglichkeit die Verwaltung zu entlasten?

- Anfrage der Fraktion der FDP –

Herr Schramm stellt die Anfrage vor. Unter Bezugnahme auf die Antwort der Verwaltung mit der Informationsvorlage Nr. 2017/107 bittet Herr Schramm, die Verwaltung möge detailliert prüfen, welche Konsequenzen sich aus der Aufstellung eines Doppelhaushaltes sowohl für die Politik als auch für die Verwaltung ergeben würden. Möglicherweise könne dann bereits im übernächsten Jahr (2020/2021) ein Doppelhaushalt aufgestellt werden.

Herr Brandes erklärt, dass die Aufstellung eines Doppelhaushaltes grundsätzlich möglich sei. Hierzu bedürfe es allerdings auch des politischen Willens. Dies müsse zunächst noch vertieft mit den Fraktionen und sicher auch im Verbandsrat besprochen werden, bevor die Verwaltung einen Doppelhaushalt konkreter ins Auge fasst.

Herr Abrahms berichtet, dass die Stadt Bad Harzburg gute Erfahrungen mit der Aufstellung von Doppelhaushalten gemacht habe. Allerdings bedeute dies zumindest bei der erstmaligen Aufstellung einen erheblichen Arbeitsaufwand. Er halte es deshalb für ratsam, die technischen Voraussetzungen zu prüfen.

Punkt 4

Wiederwahl des Verbandsdirektors Hennig Brandes ohne öffentliche Ausschreibung

Berichterstatter: Herr Tanke

Herr Tanke stellt fest, dass der Beschlussvorschlag aus zwei Punkten bestehe. Er schlage deshalb vor, über die Punkte 1. und 2. getrennt abzustimmen.

Vor Eintritt in eine Aussprache gibt Herr Brandes eine persönliche Erklärung ab. Er führt aus, er habe allen Fraktionen gegenüber in vorangegangenen Gesprächen angekündigt, dass er beabsichtige, im Falle seiner Wiederwahl bereits im März 2020 aus persönlichen Gründen einen Antrag auf Versetzung in den Ruhestand stellen zu wollen. Es sei ihm wichtig, die Mitglieder der Verbandsversammlung vor der Abstimmung von seinen persönlichen Plänen in Kenntnis zu setzen.

Herr Volkmann bemerkt, dass heute nicht der Verbandsdirektor des Zweckverbandes wiedergewählt werden solle, sondern es gehe um den Verbandsdirektor des Regionalverbandes Großraum Braunschweig und zwar mit neuen Aufgaben und Zielsetzungen. Die Fraktion Die Linke halte es deshalb für den falschen Weg, auf eine Ausschreibung dieser neuen Position zu verzichten. Er beantrage eine öffentliche Ausschreibung der Stelle einer Verbandsdirektorin oder eines Verbandsdirektors beim Regionalverband Großraum Braunschweig.

Herr Herlitschke erklärt für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, dass sie ebenfalls eine öffentliche Ausschreibung dieser Position befürworte. Seine Fraktion werde deshalb der Wiederwahl nicht zustimmen. Er befürchte auch im Hinblick auf die beabsichtigte vorzeitige Beendigung der Amtszeit durch Herrn Brandes und der Kürze der Zeit bis dahin, dass der Gestaltungswille bei der Erledigung gerade der neuen Aufgaben für den Regionalverband nicht der gleiche sein werde, wie bei der Erfüllung einer vollen Amtszeit von 8 Jahren.

Herr Manlik hält diese Befürchtung für unbegründet.

Herr Schramm bedauert die Ankündigung von Herrn Brandes, seine Amtszeit aus persönlichen Gründen bereits mit Ablauf des Monats März 2020 beenden zu wollen. Vor diesem Hintergrund halte auch er eine öffentliche Ausschreibung der Position für geboten.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, lässt Herr Tanke zunächst über den Punkt 1 – Verzicht auf öffentliche Ausschreibung wegen einer beabsichtigten Wiederwahl des Stelleninhabers – abstimmen. Er fragt, ob hierfür der Geschäftsordnungsantrag auf geheime Abstimmung gestellt werde und erklärt, dass dieser Antrag von einem Drittel der Mitglieder (20 Mitglieder) unterstützt werden müsse. Der Geschäftsordnungsantrag auf geheime Abstimmung wird gestellt.

Die Verbandsversammlung beschließt bei 9 Gegenstimmen mehrheitlich:

„Der Geschäftsordnungsantrag: Durchführung einer geheimen Abstimmung wird abgelehnt.“

Danach lässt Herr Tanke über den Punkt 1 –Verzicht auf öffentliche Ausschreibung- abstimmen.

Die Verbandsversammlung beschließt bei 10 Gegenstimmen mehrheitlich:

„Gem. § 7 des Gesetzes über den Regionalverband ‚Großraum Braunschweig‘ (GrRG-BS) i. V. m. § 109 Abs. 1 Satz 3 Nr. 1 Nieders. Kommunalverfassungsgesetz (NKomVG) in den z. Z. gültigen Fassungen wird davon abgesehen, die Stelle der Verbandsdirektorin oder des Verbandsdirektors des Regionalverbandes Großraum Braunschweig wegen beabsichtigter Wiederwahl des bisherigen Stelleninhabers öffentlich auszuschreiben.“

Als Nächstes gibt Herr Tanke bekannt, dass die Wahl des Verbandsdirektors nach den Verfahrensvorschriften des § 67 NKomVG erfolge. Das heiße, grundsätzlich werde schriftlich gewählt. Bei nur einem Wahlvorschlag werde, wenn niemand widerspricht, durch Zuruf gewählt. Auf Verlangen eines Versammlungsgliedes sei geheim zu wählen. Die Frage von Herrn Tanke, ob geheime Wahl beantragt werde, wird von mindestens einem Versammlungsglied bejaht. Herr Tanke erklärt, dass nunmehr die Mitglieder der Verbandsversammlung von Mitarbeitern der Verbandsverwaltung namentlich aufgerufen werden und mittels vorbereiteter Stimmzettel die Wahl in geheimer Abstimmung durchgeführt werde.

Nachdem alle anwesenden Mitglieder der Verbandsversammlung ihre Stimme abgegeben haben, stellt Herr Tanke fest, dass die Wahlhandlung geschlossen sei. Nach Stimmenauszählung durch die Verbandsverwaltung gibt Herr Tanke das Wahlergebnis bekannt:

abgegebene Stimmen:	53
gültige Stimmen:	53
Ja-Stimmen:	38
Nein-Stimmen:	13
Enthaltungen:	2

Die Verbandsversammlung beschließt somit bei 13 Gegenstimmen und 2 Enthaltungen mehrheitlich:

„Herr Verbandsdirektor Hennig Brandes wird gem. § 109 Abs. 2 NKomVG mit Wirkung vom 15.03.2018 für die Dauer von 8 Jahren (Amtszeit) als Verbandsdirektor des Regionalverbandes Großraum Braunschweig wiedergewählt.“

Auf Nachfrage von Herrn Tanke erklärt Herr Brandes, dass er die Wahl annehme.

Punkt 5

Beschluss über den Jahresabschluss 2015 und über die Entlastung des Verbandsdirektors für das Haushaltsjahr 2015 gem. § 129 NKomVG

Berichterstatter: Herr Tanke

Die Verbandsversammlung beschließt einstimmig:

"1. Nach Feststellung der Vollständigkeit und Richtigkeit gem. § 8 GrRG-BS i.V.m. § 129 Abs. 1 NKomVG des Jahresabschlusses 2015 durch den Verbandsdirektor und aufgrund des Bestätigungsvermerks des Rechnungsprüfungsamtes der Stadt Braunschweig im Schlussbericht für das Haushaltsjahr 2015 wird der Jahresabschluss 2015 beschlossen und dem Verbandsdirektor Entlastung erteilt.

2. Der Jahresüberschuss des ordentlichen und des außerordentlichen Ergebnisses aus der Ergebnisrechnung für das Haushaltsjahr 2015 in Höhe von insgesamt 4 784 778,88 EUR wird auf Rechnung des Haushaltsjahres 2016 vorgetragen."

Punkt 6

Haushaltsvollzug 2016;

Genehmigung von überplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen gem. § 117 NKomVG

Berichterstatter: Herr Brandes

Die Verbandsversammlung beschließt einstimmig:

„Den überplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen im Haushaltsjahr 2016 im Teilhaushalt Zentrale Dienste bei den Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen in Höhe von 45 000,00 EUR zur Deckung von Mehraufwendungen und Mehrauszahlungen bei den Sachkonten: Mieten, Reinigung und Bauunterhaltung der Mieträume unter Inanspruchnahme von Haushaltsmitteln bei dem Sachkonto: 427115 – Planungskosten – im Teilhaushalt Regionalplanung wird gem. § 117 NKomVG nachträglich zugestimmt.“

Punkt 7

Haushaltssatzung des Regionalverbandes Großraum Braunschweig für das Haushaltsjahr 2018;

Stellenplan 2018

Berichterstatter: Herr Brandes

Herr Brandes erläutert anhand des Vorberichtes die wichtigsten Eckpunkte des Haushaltsplanentwurfs 2018.

Herr Schneider erklärt für die Fraktion der SPD, dass sie dem Haushalt 2018 zustimmen werde. Zwar schließe der Haushalt 2018 mit einem hohen Fehlbetrag ab, was aber damit zu rechtfertigen sei, dass gegenüber bisher erhebliche Verbesserungen im ÖPNV damit finanziert werden können. Hierfür stünden entsprechende Rücklagen zur Verfügung. Auch sei ein sorgfältiger Umgang mit der Verbandsumlage zu verzeichnen. Der in der mittelfristigen Finanzplanung in Vorjahren prognostizierte Anstieg der Verbandsumlage sei sogar unterschritten worden. Schließlich bittet Herr Schneider, den Antrag der SPD, den Beschlusstext um einen weiteren Unterpunkt zu ergänzen, anzunehmen. Hierbei ginge es in erster Linie um eine transpa-

rentere Darstellung der maßnahmen-/projektbezogenen Aufwendungen in den Teilhaushalten Regionalentwicklung und Regionalverkehr. Im Einzelnen verweist Herr Schneider auf die Ergänzungsvorlage Nr. 2017/101- E1 die den Änderungsantrag der Fraktion der SPD beinhaltet, nachdem der Verbandsausschuss empfohlen habe, den Antrag anzunehmen.

Herr Manlik erklärt für die Fraktion der CDU, dass sie dem Haushalt 2018 ebenfalls zustimmen werde. Unter Berücksichtigung des Ergebnisses des Jahresabschlusses 2015 und des voraussichtlichen Ergebnisses 2016 sei der ausgewiesene Fehlbetrag im Haushalt 2018 verkraftbar.

Herr Herlitschke führt aus, die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen werde dem Haushalt 2018 zustimmen. Insbesondere begrüße sie den Ergänzungsantrag der SPD zu dieser Vorlage. Über die Umsetzung des vorgeschlagenen Verfahrens bei den künftigen Haushaltsaufstellungen müsste allerdings noch einmal beraten werden.

Die Herren Scherf (für die Fraktion der AfD), Schramm (für die Fraktion der FDP), Volkmann (für die Fraktion Die Linke) und Plonz (PUG) erklären ebenfalls, dass sie dem Haushalt 2018 zustimmen werden.

Die Verbandsversammlung beschließt einstimmig:

- "1. Der Haushaltsplan 2018 wird in der Fassung des Entwurfs beschlossen.
2. Der Stellenplan 2018 wird in der Fassung des Entwurfs zzgl. 1 Stelle einer/eines Sachbearbeiters/in für Geoinformation nach der EntgGr. 10 TVöD in der Abt. Regionalentwicklung beschlossen.
3. Die Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2018 wird in der Fassung des Entwurfs beschlossen.
4. Die Verbandsverwaltung wird aufgefordert,
 - die wesentlichen in den Teilhaushalten Regionalentwicklung und Regionalverkehr dargestellten Aufwendungen maßnahmen-/projektbezogen darzustellen und den Fachausschüssen Regionalentwicklung und Regionalverkehr in ihren Sitzungen im Februar 2018 und dem Verbandsausschuss im März 2018 vorzulegen. Eine maßnahmen-/projektbezogene Darstellung ist in den weiteren Haushaltssatzungen in geeigneter Form vorzunehmen.
 - dem Verbandsausschuss rechtzeitig – nach Vorberatung in den Ausschüssen Regionalentwicklung und Regionalverkehr – für das Folgejahr eine Prioritätenliste inkl. Finanzrahmen über die wesentlichen Maßnahmen/Projekte zur Beschlussfassung vorzulegen, die aus Sicht der Verwaltung durchgeführt und bei der Erstellung des Haushaltsplanentwurfs berücksichtigt werden sollen."

Punkt 8

Wahrnehmung der Aufgaben „Erarbeitung von Konzepten zur Koordinierung des Standort- und Bildungsangebots berufsbildender Schulen“ aufgrund des Gesetzes über den Regionalverband Großraum Braunschweig
hier Aufgabenbeschreibung und personalwirtschaftliche Umsetzung
Berichterstatte: Herr Brandes

Herr Brandes erläutert die Vorlage und den Abstimmungsprozess mit den Schulträgern sowie abschließend die positive Beratung im Verbandsrat.

Herr Volkmann erklärt für die Fraktion Die Linke, dass sie die vorgeschlagenen Maßnahmen begrüße. Er habe allerdings die Bitte, darauf zu achten, dass alle regionalen Akteure in diesen Prozess mit einbezogen werden. Es gebe hier bereits sehr viele erfolgreiche Netzwerke.

Herr Herlitschke zeigt sich erfreut darüber, dass das Projekt Fortschritte mache. Der Prozess gehe in die richtige Richtung. Erfreulich sei ebenfalls, dass die Hauptverwaltungsbeamten der Verbandsglieder das Projekt positiv begleiteten. Das Ziel sei eine einheitliche Klammer. Es sei bei der Konzepterarbeitung sehr genau darauf zu achten, dass es bei den Beteiligten nicht zu Irritationen komme.

Herr Dr. Pantazis erklärt für die Fraktion der SPD, dass sie dem Beschlussvorschlag ebenfalls zustimmen werde.

Die Verbandsversammlung beschließt bei einer Enthaltung mehrheitlich:

„Zur Wahrnehmung der neuen Aufgabe des Regionalverbandes „Erarbeitung von Konzepten zur Koordinierung des Standort- und Bildungsangebots berufsbildender Schulen“ wird beschlossen:

1. Die Aufgabenbeschreibung (Anhang 1) und die darin beschriebene Aufgabenwahrnehmung des Regionalverbandes
und
2. die Beantragung einer baldmöglichen Abordnung eines Bediensteten der Landes-
schulverwaltung.“

Punkt 9

Landwirtschaftlicher Fachbeitrag für den Großraum Braunschweig

hier: Integration in die Gesamtfortschreibung des Regionalen Raumordnungsprogramms (RROP)

Berichterstatter: Herr Warnecke

Nach seiner Berichterstattung erklärt Herr Warnecke für die Fraktion der CDU, dass sie dem Beschlussvorschlag zustimmen werde.

Frau Wockenfuß begrüßt die gutachterliche Empfehlung, Vorranggebieten für die Landwirtschaft zu prüfen. Sie sei der Auffassung, dass für die Siedlungsentwicklung nicht überproportional landwirtschaftliche Flächen in Anspruch genommen werden dürfen. Eine raumordnerische Planungsvorgabe sei daher sinnvoll.

Herr Enversen stimmt dem zu. Landwirtschaftsflächen seien wichtig, Ackerbau sei Daseinsvorsorge. Hierfür Planziele aufzustellen, sei richtig. Die Fraktion der SPD werde diesem Beschlussvorschlag ebenfalls zustimmen.

Die Verbandsversammlung beschließt einstimmig:

„1.1 Die Verbandsversammlung nimmt den Landwirtschaftlichen Fachbeitrag als Fachgutachten für die regionalplanerische Abwägung zur Kenntnis. Die Verbandsverwaltung wird beauftragt, die Inhalte des Landwirtschaftlichen Fachbeitrages im Zuge der Gesamtfortschreibung des Regionalen Raumordnungsprogramms“ zu berücksichtigen.

1.2 Die Verbandsverwaltung wird beauftragt, die gutachterliche Empfehlung zur Verwendung von Vorranggebieten für die Landwirtschaft ergebnisoffen zu prüfen, dem Fachausschuss Regionalentwicklung zur Beratung vorzulegen und das Ergebnis zum Aufstellungsbeschluss der Gesamtfortschreibung des RROP der Verbandsversammlung vorzulegen.“

Punkt 10

Beitritt zu Hochwasserpartnerschaften

Berichterstatter: Herr Brandes

Herr Brandes stellt die Vorlage und den aktuellen Sachstand vor. Die Kooperationsvereinbarung zwischen dem Regionalverband Großraum Braunschweig und den Partnern der Hochwasserpartnerschaft Schunter/Wabe liege inzwischen vor und der Beitritt des Verbandes könne somit heute beschlossen werden.

Herr Baas führt aus, dass Hochwasserschutz in den hierfür zuständigen Gebietskörperschaften schon lange ein Thema sei. Hochwasserschutz könne sich aber nicht nur auf das Gebiet einer Gemeinde oder eines Landkreises beschränken. Hier seien regionale Handlungen notwendig. Es sei deshalb folgerichtig, dass der Gesetzgeber mit dem Gesetz über den Regionalverband Großraum Braunschweig den Regionalverband beim Hochwasserschutz im Verbandsgebiet für zuständig erklärt habe. Es sei allerdings zu befürchten, dass die vom Land bereitgestellten Fördermittel für einen effektiven Hochwasserschutz nicht ausreichen werden. In der Sache empfehle er, beim Hochwasserschutz die Harzwasserwerke mit in die Planungen einzubinden. Den heute zur Abstimmung vorgelegten Beschlussvorschlag sehe er zunächst nur als eine Grundsatzentscheidung, dass sich der Regionalverband an Hochwasserpartnerschaften in der Region beteiligen wolle. Insbesondere im Hinblick auf die daraus entstehenden Konsequenzen für den Verband bedürfe es einer gesonderten Beschlussfassung durch den Verbandsausschuss. Dies sei auch Gegenstand des Änderungsantrages der Fraktion der SPD zu dem Beschlussvorschlag der Verwaltung.

Herr Oesterhelweg unterstreicht ebenfalls, dass Hochwasserschutz für die ganze Region wichtig sei. Er habe nur die Bitte, aufzupassen, dass man sich hier mit vielen Einzelmaßnahmen nicht „verzettele“. Zu betrachten seien die Flussverläufe, die nicht an Stadt-, Kreis- und Landesgrenzen Halt machten. Den Hinweis von Herrn Baas, die Harzwasserwerke mit in die Planungen zum Hochwasserschutz einzubeziehen, könne er nur unterstützen. Seiner Kenntnis nach waren die Harzwasserwerke hier bislang schon sehr aktiv. Herr Oesterhelweg führt weiter aus, dass seiner Meinung nach die Gewässer als Bestandteile der Kulturlandschaft mehr gepflegt werden müssten. So müssten für einen wirksamen Hochwasserschutz seitens der hierfür zuständigen Gebietskörperschaften deutlich mehr an Fließgewässern angrenzende Flächen vorgehalten werden. Vor dem Hintergrund regionaler Verläufe von Fließgewässern sei es zu begrüßen, dass nunmehr der Regionalverband für den Hochwasserschutz federführend zuständig sei.

Herr Herlitschke erklärt für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, dass sie dieser Vorlage ebenfalls zustimmen werde. Er gibt zu bedenken und darüber müsse man sich im Klaren sein, dass Hochwasserschutz mit einem hohen finanziellen Aufwand verbunden sei.

Die Verbandsversammlung beschließt einstimmig:

„1. Der Regionalverband Großraum Braunschweig beteiligt sich an der Hochwasserpartnerschaft Schunter/Wabe und weiteren Hochwasserpartnerschaften in der Region. Die Verbandsverwaltung wird ermächtigt, sich dazu an Kooperationsvereinbarungen mit den als Hochwasserschutzpartner agierenden Kommunen sowie Wasserverbänden

und Unterhaltungsverbänden zu beteiligen, die die wasserwirtschaftliche und finanzielle Zusammenarbeit regeln. Die Kooperations- und Finanzierungsvereinbarungen unterliegen einer Beschlussfassung durch den Verbandsausschuss.

2. Der Kooperationsvereinbarung zwischen dem Regionalverband Großraum Braunschweig und den Partnern der Hochwasserpartnerschaft Schunter/Wabe (s. Anlage) wird zugestimmt.“

Punkt 11

Antrag auf Zertifizierung als Fahrradfreundliche Kommune

Berichterstatter: Herr Enversen

Herr Enversen stellt die Vorlage vor und führt aus, dass diese Region eine Mobilitätsregion sei. Dazu gehöre auch das Fahrrad. Der Antrag werde von der Fraktion der SPD unterstützt und sie werde dem Beschlussvorschlag zustimmen.

Die Verbandsversammlung beschließt einstimmig:

„1.1 Die Verbandsverwaltung wird beauftragt, im ersten Quartal 2018 für den Regionalverband Großraum Braunschweig einen Antrag auf Zertifizierung als Fahrradfreundliche Kommune beim Land Niedersachsen zu stellen.

1.2 Die Verbandsversammlung bekennt sich zu einer kontinuierlichen Entwicklung der Radverkehrsmobilität im Großraum Braunschweig. Ziel soll es sein, den Anteil des Radverkehrs am Modal Split in der Region deutlich zu erhöhen. Das Fahrrad soll dabei als gleichberechtigtes Verkehrsmittel im Alltag gestärkt werden. Dazu soll das Thema Radmobilität in enger Abstimmung mit den Kommunen intensiver als bisher in den Planwerken des Regionalverbandes verankert werden.“

Punkt 12

Umsetzung des Nahverkehrsplans;

Weiterentwicklung des Angebotes auf RegioBus-Linien

Berichterstatter: Herr Kramer

Herr Kramer erläutert die Vorlage und erklärt für die CDU-Fraktion, dass die zusätzlichen RegioBus-Leistungen begrüßt werden.

Frau Köllner führt aus, sie sei mit den Verbesserungen im regionalen Busnetz zum Fahrplanwechsel am 10.12.2017 nicht zufrieden. Wenn man sich die Verbesserungen auf den einzelnen RegioBus-Linien ansehe, sei festzustellen, dass diese überwiegend im Süden von Braunschweig vorgenommen seien. Der nördliche Raum des Verbandsgebietes in Richtung Gifhorn sei vernachlässigt worden. Hier müsse der ÖPNV auf der Straße verbessert werden. Dies gelte auch für die Relation Wolfsburg- Braunschweig, wobei damit nicht nur der VW-Werksverkehr gemeint sei. Auch gebe es an Wochenenden einen Bedarf, insbesondere bei Beschäftigten in Pflegeberufen. Weiterhin könne sie die Einschränkung des Schienenverkehrs nach Gifhorn (erixx) nicht nachvollziehen.

Herr H.-G. Bachmann begrüßt die Verbesserungen auf den RegioBus-Linien. Die Ausweitung des ÖPNV sei zudem eine Maßnahme, die Feinstaubentwicklung in den Städten zurückzuführen. Dies sei ein guter und

wichtiger Schritt. Der Ausbau von Takten und Verbindungen müsse aber noch weiter vorangetrieben werden. Er wünsche sich eine noch konsequentere Umsetzung des Nahverkehrsplans.

Auf die Frage von Frau Köllner, warum das Angebot von erixx auf der Schiene nach Gifhorn habe vorübergehend eingeschränkt werden müssen, antwortet Herr Rössig, dass die DB AG auf einem anderen Streckenabschnitt eine neue Signaltechnik habe verbauen müssen. Aus betriebstechnischen Gründen könnten diese Baumaßnahmen nur an Tagesrandzeiten vorgenommen werden. Dadurch müssten Früh- und Spätverbindungen entfallen. Aufgrund von Durchbindungen in der Streckenführung seien im Ergebnis hiervon auch Früh- und Spätverbindungen nach Gifhorn betroffen. Der Grund für die Einschränkung auf der Schienenstrecke nach Gifhorn sei nicht auf den ersten Blick offensichtlich und nicht vermeidbar.

Punkt 13

Mittelzuweisung gem. § 7b des Niedersächsischen Nahverkehrsgesetzes (NNVG);

Verwendung der öffentlichen Finanzmittel

Berichterstatter: Herr Schneider

Herr Schneider verweist noch einmal auf den Änderungsantrag der Fraktion der SPD, wonach in den Beschlussvorschlag mit aufgenommen werden solle, dass beim Einsatz der Mittel die Verbandsglieder die Möglichkeit erhalten sollen, dass in den jeweiligen Verkehrsgebieten entsprechende Maßnahmen mit Mitteln gem. 7b NNVG gefördert werden und sie so von den Mitteln angemessen partizipieren können.

Herr Köster befürwortet den Beschlussvorschlag. Die Kommunen sollen animiert werden, entsprechende Anträge zu stellen. Er erklärt für die Fraktion der CDU, dass diese dem Beschlussvorschlag zustimmen werde.

Die Verbandsversammlung beschließt einstimmig:

„Die Verwaltung wird ermächtigt, die vom Land Niedersachsen zugewiesenen Finanzmittel gem. § 7b NNVG für die Entwicklung von zusätzlichen Angeboten im straßengebundenen ÖPNV (Bus) zu verwenden, die den Linienverkehr in Räumen und Zeiten schwacher Nachfrage ergänzen und besonders auf wechselnde Nachfrage zugeschnitten sind (flexible Bedienungsformen).

Daneben sollen die Mittel auch für Maßnahmen eingesetzt werden, um die vollständige Barrierefreiheit im ÖPNV i. S. v. § 8 Abs. 3 des Personenbeförderungsgesetzes i. V. m. § 7b Abs. 2 Satz 2 des Niedersächsischen Nahverkehrsgesetzes herzustellen.

Es soll beim Einsatz der Mittel berücksichtigt werden, dass durch regional übergreifende Maßnahmen und durch verbandsweite lokale Maßnahmen alle Verbandsglieder die Möglichkeit erhalten, dass in ihren jeweiligen Verkehrsgebieten entsprechende Maßnahmen durch Mittel gem. § 7 b NNVG vom Regionalverband gefördert werden und sie so anteilig von den Mitteln angemessen partizipieren können.

Der Beschluss steht unter dem Vorbehalt der Verfügbarkeit der Finanzmittel gem. § 7b NNVG über das Jahr 2021 hinaus.“

Punkt 14

Barrierefrei Fahrgastinformationen

Förderrichtlinie „Innovationen an ÖPNV-Zugangsstellen“

Berichterstatter: Herr Herlitschke

Die Verbandsversammlung beschließt einstimmig:

„Der Regionalverband Großraum Braunschweig beteiligt sich an der Finanzierung der Implementierung innovativer Technologien zur Verbesserung der barrierefreien Fahrgastinformation an ÖPNV-Zugangsstellen. Der Regionalverband unterstützt die Antragsteller mit bis zu 75 % der als förderfähig anerkannten Kosten.

Die Förderung erfolgt aus den Mitteln, die über § 7b NNVG zur Verfügung stehen. Die Höhe der zur Verfügung stehenden Mittel wird jährlich mit dem Beschluss zum Haushaltsplan festgelegt. Ein Rechtsanspruch auf eine Förderung durch den Regionalverband besteht nicht. Nicht verbrauchte Mittel können auf das Folgejahr übertragen werden.

Für das konkrete Vorhaben des barrierefreien Ausbaus von Haltstellen des ÖPNV mit elektronischen Fahrgastinformationen (z. B. e-paper) werden seitens des Regionalverbandes 2018 in einem ersten Schritt Mittel in Höhe von 250 T€ bereitgestellt.

Die Verbandsverwaltung informiert die Verbandsorgane regelmäßig über die geförderten Projekte.“

Punkt 15

Darstellung einer Erfolgsbilanz und Bearbeitungsstand von Projekten/Maßnahmen

Berichterstatter: Herr Tanke

Herr Tanke führt aus, dass auf Antrag der Fraktion der SPD die Verwaltung gebeten worden sei, eine Bilanz und den Bearbeitungsstand von Projekten/Maßnahmen aufzustellen und diese der Verbandsversammlung vorzustellen. In Ausführung dieses Antrages habe die Verbandsverwaltung mit Informationsvorlage Nr.: 2017/91 eine Bilanz und den Bearbeitungsstand von Projekten/Maßnahmen dargestellt. Er dankt der Verwaltung für die umfassende und übersichtliche Darstellung und verweist auf die Erfolge des Verbandes bei der Umsetzung der zahlreichen Projekte und Maßnahmen.

Herr Volkmann erklärt, die Tarifstruktur des Verbundtarifs im Verkehrsverbund Region Braunschweig könne nicht als erfolgreich bezeichnet werden. Zu beklagen sei in diesem Zusammenhang die stetige Anhebung der Fahrpreise, die Anhebung der Altersgrenze für Senioren und die Fahrpreiserhebung für Kinder schon ab 6 Jahren. Hier sei das Angebot deutlich verbesserungsbedürftig.

Punkt 16

Anträge

16.1

Einrichtung eines Aufsichtsrates in der Verbundgesellschaft VRB

- Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen –

Herr Herlitschke begründet den Antrag. Der Regionalverband verfüge über 51 % der Anteile der Gesellschaft. Die übrigen Gesellschafter verfügten jeweils über deutlich weniger Anteile, manche sogar nur bis zu unter 1 %. Trotzdem seien sie jeweils mit einem Vertreter in der Gesellschafterversammlung vertreten, genauso wie auch der Regionalverband. Dem Regionalverband sollte nach Auffassung der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen eine deutlich größere Einflussnahme auf die Gesellschaft ermöglicht werden. Hier gebe es einen Regelungsbedarf. Die Einrichtung eines Aufsichtsrates ermögliche auch einen besseren Informationsfluss zwischen der VRB und der Politik.

Die Verbandsversammlung beschließt bei 10 Gegenstimmen mehrheitlich:

„Der Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Die Verwaltung wird gebeten innerhalb der nächsten 3 Monate einen Umsetzungsvorschlag zur Einrichtung eines fakultativen Aufsichtsrates in der Verbundgesellschaft Braunschweig VRB zu erarbeiten und den Gremien des Regionalverbandes zum Beschluss vorzulegen.

Der Aufsichtsrat soll dabei in seiner Größe so gestaltet werden, dass die Vertreter der Verwaltung, der Politik und der beteiligten Gesellschaften die jeweiligen Mehrheits- bzw. Beteiligungsverhältnisse abbilden.

wird abgelehnt.“

16.2

„SattelFEST 2018“

- Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen -

Frau Wockenfuß begründet den Antrag. Sie ist der Auffassung, dass eine veränderte Konzeption dieses Events nicht zwangsläufig dazu führen müsse, die Veranstaltung im Jahr 2018 komplett ausfallen zu lassen.

Herr Enversen unterstreicht, dass die Fahrradmobilität wichtig sei. Bezogen auf das von verschiedenen Akteuren in der Region durchgeführte Event „SattelFEST“ seien die Veranstalter in der Nachbetrachtung aber zu dem Entschluss gekommen, die Veranstaltung verbessern zu wollen. Das „SattelFEST“ im Jahr 2018 nicht stattfinden zu lassen, sei keine alleinige Entscheidung des Regionalverbandes gewesen. Er habe auch nicht die Befürchtung, dass die Marke „SattelFEST“ durch eine Unterbrechung Schaden nehme.

Die Verbandsversammlung beschließt bei 7 Gegenstimmen mehrheitlich:

„Der Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Die Verbandsversammlung beschließt, auch im Jahr 2018 die Organisation und Durchführung des Regionalen RadEvents „SattelFEST 2018“ umzusetzen und hierfür ent-

sprechende Mittel in Höhe von 30.000 € bereitzustellen. Gespräche mit der Allianz für die Region werden aufgenommen, um die Kofinanzierung sicher zu stellen.

Für das SattelFEST 2018 soll ein verbindendes Motto gesetzt werden. Der Regionalverband Großraum Braunschweig und die Allianz für die Region richten dazu eine Arbeitsgruppe ein, in der mit den Akteuren und Interessierten das RadEvent organisiert werden soll.

wird abgelehnt.“

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, schließt Herr Tanke die Sitzung um 20.20 Uhr.

Tanke
Verbandsvorsitzender

Brandes
Verbandsdirektor

Tegethoff
Protokollführer